Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10028

04. 03. 98

Antrag

der Abgeordneten Heidemarie Wieczorek-Zeul, Gerd Andres, Hans-Werner Bertl, Peter Dreßen, Günter Gloser, Alfred Hartenbach, Uwe Hiksch, Barbara Imhof, Renate Jäger, Helga Kühn-Mengel, Brigitte Lange, Detlev von Larcher, Erika Lotz, Winfried Mante, Dorle Marx, Ulrike Mascher, Dr. Jürgen Meyer (Ulm), Dr. Edith Niehuis, Leyla Onur, Adolf Ostertag, Karin Rehbock-Zureich, Renate Rennebach, Bernd Reuter, Gerhard Rübenkönig, Gudrun Schaich-Walch, Dieter Schloten, Dietmar Schütz (Oldenburg), Dr. R. Werner Schuster, Dr. Dietrich Sperling, Joachim Tappe, Dr. Gerald Thalheim, Adelheid Tröscher, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Gert Weisskirchen (Wiesloch), Dr. Norbert Wieczorek, Berthold Wittich, Uta Zapf

Sicherung der Arbeitsplätze bei der Hoechst Marion Roussel Deutschland GmbH

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Beschäftigten des Hoechst-Konzerns bei ihrem Kampf für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Die Proteste der Führungskräfte und Beschäftigten in den letzten Tagen machen deutlich, daß sich die Unternehmensleitung mit ihren Bestrebungen des Arbeitsplatzabbaus auch in Kernbereichen der Unternehmensgeschäfte absolut isoliert hat.

2. Der Deutsche Bundestag fordert den Vorstand der Hoechst-Holding auf, zu seiner Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Arbeitsplätze des Unternehmens zu stehen. Dazu ist es notwendig, daß der Beschluß, 600 Stellen im Unternehmen abzubauen, rückgängig gemacht wird. Der Deutsche Bundestag erinnert den Vorstand des Hoechst-Konzerns an seine gemachte Zusage, Umstrukturierungsprozesse ohne Arbeitsplatzabbau zu organisieren.

3. Der Deutsche Bundestag appelliert an den Vorstand des Hoechst-Konzerns, das Engagement des Unternehmens in den Bereichen Forschung und Entwicklung nicht einzuschränken. Der Deutsche Bundestag sieht darin einen fatalen Irrweg, der ein falsches Signal für den Standort Deutschland setzt. Gerade in Forschung und Entwicklung kommen die Vorteile des Standortes Deutschland durch ein hochwertiges Bildungssystem zum Tragen.

4. Der Deutsche Bundestag fordert die Hoechst Marion Roussel Deutschland GmbH auf, umgehend dem deutschen Mitbestimmungsgesetz Rechnung zu tragen, und einen Aufsichtsrat am Standort Frankfurt einzurichten.

Bonn, den 4. März 1998

Heidemarie Wieczorek-Zeul
Gerd Andres
Hans-Werner Bertl
Peter Dreßen
Günter Gloser
Alfred Hartenbach
Uwe Hiksch
Barbara Imhof
Renate Jäger
Helga Kühn-Mengel
Brigitte Lange
Detlev von Larcher
Erika Lotz
Winfried Mante
Dorle Marx
Ulrike Mascher
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
Dr. Edith Niehuis
Leyla Onur
Adolf Ostertag
Karin Rehbock-Zureich
Renate Rennebach
Bernd Reuter
Gerhard Rübenkönig
Gudrun Schaich-Walch
Dieter Schloten
Dietmar Schütz (Oldenburg)
Dr. R. Werner Schuster
Dr. Dietrich Sperling
Joachim Tappe
Dr. Gerald Thalheim
Adelheid Tröscher
Karsten D. Voigt (Frankfurt)
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Dr. Norbert Wieczorek
Berthold Wittich
Uta Zapf

Begründung

Das Vorhaben der Hoechst Marion Roussel Deutschland GmbH, bis Ende 1999 mindestens 600 Stellen vor allem in der Forschung zu streichen, ist aus sachlichen Gründen nicht nachvollziehbar.

Es richtet sich einseitig gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unternehmens, und gefährdet den sozialen Frieden an den betroffenen Standorten.

Durch die geplanten Einsparungen auch im Kernbereich des Unternehmens, und hier bei Forschung und Entwicklung, wird die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Ein einfaches Kostensenkungsdenken zeugt nicht von unternehmerischer Weitsicht und läßt am Vorliegen einer grundständigen Unternehmenskonzeption Zweifel gerechtfertigt erscheinen.

Gegenüber der Region Rhein-Main, in der das Unternehmen traditionell verankert ist, beweist das Vorgehen der Konzernleitung ebenfalls ein mangelndes Verantwortungsbewußtsein. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch die Einwohnerschaft der Region haben über viele Jahrzehnte den Weg des Unternehmens begleitet.

Das Unternehmen erwartet Verständnis für seine Probleme und Hilfestellungen von der Politik, ist selbst aber nicht bereit, seinerseits mit den Beschäftigten und der Region einen offenen Dialog über die zukünftige Entwicklung zu führen.

In einem dynamischen Wirtschaftsraum wie der Region Rhein-Main wäre es ein schwerwiegender Verlust, wenn der Hoechst-Konzern durch eine kurzfristige Fixierung auf Rendite, erkaufte Einsparungen bei der Beschäftigung langfristig seine eigene Existenz aufs Spiel setzt.



Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333